



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/90 - 18. April 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 088 890

Klares Spiegelbild menschlicher Sozialpolitik

FB. Die sozialdemokratische Opposition hat immer ihre vornehmste Aufgabe darin gesehen, die Vorhaben der Bundesregierung nicht nur zu kritisieren, sondern eine sozial-demokratische Alternative gegenüberzustellen. Dieser Aufgabe wird weitgehend der heute veröffentlichte Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gerecht. Er ist ein klares Spiegelbild einer Sozialpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt alles Geschehens stellt.

Eine grosse Tageszeitung hat heute geschrieben, dass die sozialdemokratische Bundestagsfraktion mit diesem Gesetzentwurf die Bundesregierung um etwa 10 Wochen geschlagen habe. Man kann mit Fug und Recht bezweifeln, dass die Bundesregierung im Stande sein wird, innerhalb der nächsten 10 Wochen ihren Gesetzentwurf vorzulegen. Aber entscheidend ist doch, dass die Bundesregierung im Grunde genommen seit 1949 in ihrer Gesetzentwurf versprochen hat, ohne dass er bis jetzt das Licht der Welt erblickt hat. Im zeitlichen Rennen hat die SPD also nicht nur einen Vorsprung von 10 Wochen, sondern von mehreren Jahren, wenn man die Auseinandersetzung rückschauend betrachtet. Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Bundesregierung der ganze "Apparat" zur Verfügung steht: ein eigens durch den Kanzler ausgerichtetes Professoren-Team, ein besonderes Sozialkabinett und dass sie sämtliche statistischen Unterlagen frei Haus geliefert bekommt, während die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ganz allein auf sich gestellt war. Jeder Sozialpolitiker wird deshalb ermessen können, welche Summe von Arbeit und Idealismus in diesem Gesetzentwurf steckt.

Allein das aber wäre nicht entscheidend. Weit wichtiger ist der materielle Inhalt. Der materielle Inhalt des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes liegt nun klar zu Tage. Es ist ein Gesetzentwurf, der Neuland beschreitet und der vom ersten bis zum letzten Paragraphen sozialen Geist atmet. Wird dieser Entwurf Gesetz, dann hat es ein für allemal mit der Not der Alten und Vergessenen ein Ende. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung hingegen hat noch zu offenbaren, was Geistes Kind er ist. Und nach allem, was man von den Vorarbeiten gehört hat, wird dieser Gesetzentwurf nicht in der Lage sein, das Rentner-Problem zu lösen. Allein die vorgesehene Rentenhöhe, wie sie die Bundesregierung plant, lässt erkennen, dass auch damit im Alter ein Leben frei von Sorge und Not nicht möglich sein wird.

\* \* \*

"Eine eminent politische Frage"

sp. Selten ist im Bundestag eine Debatte mit so starker innerer, man möchte sagen menschlicher Anteilnahme geführt worden, wie die am Mittwochvormittag zum Fall des Kapitän Zenker. Der Vorgang ist weitgehend bekannt. Es war bezeichnend, dass sich von dem ersten Sprecher der CDU, dem Abgeordneten Heye, der den Versuch machte, Zenker in Schutz zu nehmen, ja darüber hinaus auch die Admirale Raeder und Dönitz, nicht weniger als drei andere Sprecher seiner eigenen Fraktion distanzieren, Prof. Böhm, der Abgeordnete Bausch und schliesslich auch der Berliner Abgeordnete Dr. Friedensburg. Eine Sonderstellung nahm, wie zu erwarten, auch der Abg. Schneider von der DP ein. Alle übrigen Redner begrüßten, mit unterschiedlichem Temperament und oft auch unterschiedlichen Argumenten, die Gelegenheit der Grossen Anfrage der SPD zu dieser Aussprache, die über den aktuellen Anlass weit ins Grundsätzliche vorstieß. Denn jedermann begriff, dass es sich hierbei um "eine eminent politische Frage" handelte, wie ein Abgeordneter sagte.

Das Ergebnis war eindeutig, das Verhalten Zenkers wurde verurteilt. Die Missbilligung, die die Bundesregierung aussprach, war freilich herausfordernd kurz, gemessen an der sorgfältigen Gründlichkeit, mit der die sozialdemokratische Anfrage nach der Bedeutung des Gegenstandes formuliert war. Aber das entspricht wohl der ganzen leicht hochfahrenden und abweisenden Art des Verteidigungsministers, den Carlo Schmid ironisch einen "grossen Schweiger" nannte.

Es war gut, dass das Parlament sich bei dieser Gelegenheit zur Bundeswehr, die nun einmal zur Tatsache geworden ist, und zu ihrer schweren Aufgabe bekannte. Diese Aufgabe des Soldaten in einem freiheitlich demokratischen Staat hätte auch der Gegenstand jener Rede des Kapitän Zenker sein müssen, nicht der missglückte Ausflug in die Vergangenheit, den die einen als eine Entgleisung auszulegen gewillt waren, während andere darin den Ausdruck einer Grundhaltung sahen, die mit den heutigen Erfordernissen keineswegs in Einklang zu bringen ist. Das Verhältnis von Demokratie und Wehrmacht ist für die Entwicklung und die Festigung einer freiheitlichen Ordnung ein Problem von ständiger, grösster Bedeutung. Es wird noch bei vielen Gelegenheiten der Mittelpunkt sehr ernster Überlegungen zu stehen haben. Die Art, in der das Thema heute im Bundestag behandelt wurde, entsprach durchaus seiner Bedeutung.

London als Vorstufe zu Washington?

E.A. London

Was der greise Churchill sofort nach dem Tode Stalin's erstrebt hatte, ein vertrauliches Gespräch zwischen den Staatschefs Grossbritanniens und der Sowjetunion, wird in dieser Woche Wirklichkeit. Als Churchill damals im Mai vor zwei Jahren vorgeschlagen hatte, er solle sich mit dem Nachfolger Stalins treffen, war noch Herr Malenkow der Allgewaltige im Kreml. Nun ist ja allerdings Herr Malenkow auch drei Wochen in Grossbritannien gewesen, aber doch nur als der Vorläufer und Wegbereiter der Herren Chruschtschow und Bulganin. Er hat auch einen Höflichkeitsbesuch bei Sir Anthony gemacht. Bei der Ausarbeitung des Besuchsplanes aber war er nicht beteiligt. Seine Aufgabe beschränkte sich darauf, dem britischen Publikum in persona vorzuführen, dass nach der Beendigung des Stalinkultes ehrenhafte Männer mit einnehmendem Wesen die Sowjetunion regieren. Er hat das mit äusserstem Geschick getan.

In Londoner wohlinformierten Kreisen erklärt man, dass der Inhalt der Gespräche zwischen Eden und Chruschtschow dieselben Themen behandeln werde, die bei der "kleinen Genfer Konferenz" auf der Tagesordnung standen: Abrüstung, europäische Sicherheit, Ost-West-Beziehungen und deutsche Wiedervereinigung. Hinzu kommen Gespräche über den Mittleren Osten und den Fernosten. Beamte des Foreign Office halten an der Ansicht fest, dass in allen diesen Fragen keine grundlegende Änderung der respektiven Haltungen eingetreten sei, so dass man sich noch genau dort befinde, wo man am Ende der Genfer Aussenministerkonferenz gestanden habe. So erwartet man auch keine spektakulären Ergebnisse von den vertraulichen Besprechungen zwischen Eden und seinen Besuchern.

Von sowjetischer Seite hat man in London wissen lassen, dass im Augenblick der Ost-Westhandel und die Ost-Westbeziehungen Vorrang vor allen anderen Fragen haben sollten. Es ist wahrscheinlich, dass die Besucher daher mit einigen konkreten Vorschlägen ankommen, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Grossbritannien und der Sowjetunion zu verbessern. Von interessierter Seite, nämlich aus den Kreisen der Londoner Satellitenbotschaften hatte man sogar das Gerücht in die Welt gesetzt, dass Grossbritannien von der Sowjetunion eine Goldanleihe angeboten werden solle. Wenn man dem Gerücht nachging, müsste man allerdings

feststellen, dass es sich in blauen Dunst verlief.

Nur im Zusammenhang mit Washington

In welcher Reihenfolge Sir Anthony die vorgenannten Probleme behandeln will und auf welche er besonderen Nachdruck legen wird, darüber wurde man sich in Whitehall erst an den Vortagen des Eintreffens der Gäste schlüssig. An den intimen Beratungen darüber nahm sowohl der britische Botschafter in Moskau, Sir William Hayter, wie der Washingtoner Botschafter, Sir Roger Makins, teil. Sir Anthony möchte es von vornherein klarstellen, dass er nur solche Fragen ausgiebig behandeln möchte, die auch Washington gleichstark interessieren. Sir Roger Makins dürfte ihm darüber beruhigt haben, dass auch Washington zur Zeit keine zusätzlichen Pläne für Ost-Westbesprechungen habe.

In London hat man nämlich mit einem gewissen Unbehagen zur Kenntnis genommen, dass Moskau den Vereinigten Staaten den gegenseitigen Besuch von Delegationen elektrischer Ingenieure vorgeschlagen habe. Da Herr Malenkow als Leiter einer solchen Delegation nach Grossbritannien entsendet wurde, als solcher aber den Besuch seiner noch mächtigeren Freunde vorbereitet hat, so drängt sich der Gedanke auf, dass der Englandbesuch schliesslich von den Sowjets nur als ein Auftakt zu einem Besuche in Washington angenommen und geplant wurde. Amerikanischen Diplomaten ist schon mehrfach der Wink gegeben worden, dass die Sowjetführer einer Einladung nach den USA mit Freude Folge leisten würden. Auch in dem Unterausschuss der Vereinten Nationen über Abrüstung hat sich das sowjetische Bestreben, in direkte Verhandlungen mit der USA über Rüstungsbeschränkungen einzutreten, bemerkbar gemacht.

Unter diesen Umständen könnte es allerdings möglich sein, dass die russischen Besucher unter allen Umständen in London den Eindruck grösseren Entgegenkommens erwecken möchten, ohne der ein Amerikabesuch ja ohnehin nicht zustande kommen könnte.

\* \* \*

Automation - was sie bringt

## II

RAP. Unter zwei ehernen Gesetzen steht die Automation: unter dem Gesetz der Planung und unter dem Gesetz der Stabilisierung. Werden beide nicht bei der Automation berücksichtigt, so folgt die Strafe des wirtschaftlichen Ruins für den Pevler. Die Geschäftsrisiken sind bei der Automation nämlich anderer und gefährlicherer Art als bisher.

Eine automatische Maschine des herkömmlichen Typus der Automatisierung konnte man ohne weiteres dem Park von Werkzeugmaschinen -5-

konservativer Prägung einfügen. Ein unter den Begriff der Automation fallender Automat macht die Automation des gesamten Werkes erforderlich. Die kaufmännisch-finanzielle Seite der bisherigen Fabrik, das Unternehmen, konnte recht konservative Formen der Geschäftsführung und Verwaltung beibehalten, auch bei modernstem Maschinenpark auf der Produktionsseite. Die Automation schaltet Fabrik und Unternehmen gleich, unterwirft beide den Elektronenimpulsen; ja, das Unternehmen wird vor der industriellen Erzeugung nach den Gesetzen der Automation diesen unterworfen sein müssen.

Das Maschinenaggregat der automatischen Fabrik und deren Anlage selbst muss genauestens durchgeplant und durchkonstruiert sein. Dasselbe gilt für den Produktionsvorgang in ganzen und in seinen Abläufen, die nicht mehr unterbrochen werden mit Herausnahme und Wiedereinsetzen des Arbeitsstückes bei Ablauf einer Bearbeitungsphase; und dasselbe gilt für die Vorplanung des Erzeugnisses und der zu produzierenden Menge. Die Automation verlangt darum von allen ihren Aspekten aus die grosse und geschlossene Investition und gebietet somit die Übernahme eines grossen und absoluten Kapitalverlustrisikos. In der bisherigen Produktionsweise wurde das Verlustrisiko hauptsächlich gemindert, indem bei rückläufigem Absatz die Erzeugung gedrosselt, bei zunehmendem Absatz schnellstens gesteigert wurde. Die automatische Fabrik und das automatische Unternehmen können die Erzeugung nicht den Konjunkturschwankungen anpassen; die vorhandene Kapazität muss voll ausgeschöpft werden, weil das Automatenaggregat nicht auf halben Touren laufen und auch nicht Kurzarbeit leisten kann. Die wenigen hochqualifizierten Arbeiter oder Angestellten, die zur Pflege und Überwachung erforderlich sind, können auch nur zum Teil nicht entlassen oder auf Kurzarbeit gesetzt werden; damit hören Lohn und Gehalt auf, variable und relative Kosten zu sein, sondern sie werden, wie die Kapitalanlage selbst, zu fixen und absoluten Kosten.

#### Ständige Ausweitung des Marktes

Aus allen diesen Faktoren ergibt sich für die automatische Produktion der Zwang nicht nur zur Massenproduktion, sondern auch zur Erzeugung grösstmöglicher Serien in langen, unabgebrochenen Produktionsperioden. Daraus erfolgt das Erfordernis eines grossen, übersehbaren, berechenbaren, stetigen und ausdehnungsfähigen Marktes. Marktanalyse, Produktionsplanung, Absatzplanung, Preiskalkulation, Verkaufspropaganda,

Marktbeeinflussung und Marktgestaltung erzwingen auch die Automatisierung des kaufmännischen Apparats und damit die höhere Kapitalisierung dieser Tätigkeiten.

Wenn die automatische Produktion bei Strafe des völligen Kapitalverlustes, bei Strafe des wirtschaftlichen Untergangs keine Produktionseinschränkung vertragen kann, dann muss das Unternehmen finanziell in der Lage sein, recht grosse Teile der erzeugten Gütermenge in Falle einer Absatzstockung auf Lager zu nehmen. Eine Marktschrumpfung jedoch wäre der sichere Unternehmertod. Im Gegenteil gehört zu den Erfordernissen der Marktgestaltung die ständige Ausweitung des Marktes. Zum Gesamtkomplex der Planung im Zeitalter der Automation gehört darum folgerichtig die Vorausplanung der Massenkaufkraft und deren beständige Ausweitung entweder durch Steigerung der Arbeits- und Sozialeinkommen oder durch Senkung der Preise. Das Gesetz der Stabilisierung, von dem eingangs die Rede war, ist nach alledem so zu verstehen, dass die beständige Expansion der Wirtschaft nach allen Seiten hin gesichert und von allen Seiten her "zementiert" werden muss. Beides verstärkt jedoch wiederum das Gesetz der Planung.

\* \* \*

#### Moskauer Geschenke und was sie bringen

##### Unterstützung für Hammarskjöld - aufgelöste Kominform

A.E. Zufriedenheit in Washington, Aufatmen in London, Verärgerung in Kairo und Erleichterung in Tel Aviv - das ist zunächst die Reaktion auf die unerwartete Erklärung der Sowjetunion zur Nahostfrage. Sie nimmt allen Beteiligten den Alpdruck eines in diesem Gebiet nahe bevorstehenden Krieges zwischen Israel und den arabischen Staaten, sie erleichtert die Friedensmission des Generalsekretärs der UNO und gibt der UNO selbst als oberste Instanz in der Beilegung von internationalen Streitigkeiten ein erhöhtes moralisches Gewicht. Ausdrücklich hat sich die Sowjetunion bereit erklärt, "jede Aktion der Vereinten Nationen zu unterstützen, die zur Stärkung des Friedens im Nahen Osten beiträgt."

Wohl noch nie in den letzten Jahren kam es vor, dass die USA einen sowjetischen Schritt unmittelbar nach seinem Bekanntwerden vorbehaltlos begrüßten. Dieses "Wunder" konnte geschehen, weil die sowjetische Warnung an die arabischen Staaten, bei kriegerischen Verwicklungen nicht unbedingt auf die Hilfe der Sowjetunion zu rechnen, die

Vereinigten Staaten aus der Verlegenheit befreit, für oder wider gegen Israel und Ägypten Stellung zu beziehen. Der ägyptische Diktator Nasser hat es auf die Ausschaltung des britischen Einflusses im ganzen Vorderen Orient abgesehen, als Wortführer eines von stolzem Selbstbewusstsein erfüllten arabischen Nationalismus schürte er den Konflikt mit Israel, dessen Existenz er als einen Pfahl im arabischen Fleisch empfindet. Ein Krieg gegen Israel würde die britische Position in Nah-Ost in Frage stellen und damit auch den ungehinderten Zugang zu den Ölquellen des Iraks und der Inseln im persischen Golf. Aber was wäre heute die britische Wirtschaft ohne das persische Öl?

#### Anglo - amerikanische Differenzen

Edens zu Beginn dieses Jahres in Washington unternommener Versuch, die britisch-amerikanische Politik im Vorderen Orient zu koordinieren, war ein Misserfolg. Im Kampf um die Sicherung des Öls, der die Kluft zwischen England und Ägypten gefährlich erweiterte, hielten sich die USA mehr oder weniger neutral. Sie wollten es sich nicht mit Nasser verderben, der die Unterstützung von Saudi-Arabien genießt, jenes Landes, das durch seine unerschöpflichen Ölquellen für die USA unentbehrlich geworden ist. Nassers Waffeneinkäufe in der Sowjetunion wurden mit amerikanischen Dollars beglichen - eine wahrhaft paradoxe Situation; sie liess eine gemeinsame britisch-amerikanische Politik in Nahost fast als unmöglich erscheinen.

Nasser aber hätte seine Politik der Erpressungen und Drohungen nicht führen können ohne die Sowjetunion; für diese ist der ägyptische Nationalismus eine Karte in ihrem Spiel, sich auch in diesem Teil der Erde als nicht mehr zu überschende Weltmacht einzuschalten. Ohne die Sowjetunion gibt es keinen Frieden im Orient - darf es aber auch keinen Krieg geben. Hier scheint sich eine Identität russisch-amerikanischer Interessen anzubahnen, eine Entwicklung, wie sie vor wenigen Monaten noch unvorstellbar gewesen ist.

Die russische Nahost-Erklärung ist aber auch an die Adresse Grossbritanniens gerichtet. Sie soll den hart bedrängten Briten sagen, dass sie in ihrer Auseinandersetzung mit dem arabischen Nationalismus, ver-

körpert durch das militante Ägypten des Obersten Nasser, sowjetische, den Krieg auslösende Aktionen, wie sie eine weitere Unterstützung Kairoes wäre, nicht mehr zu befürchten haben. Ein leeres Versprechen oder ernstgemeinte Absicht? Antwort darauf wird das nun beginnende russisch-britische Gespräch geben, das durch die Moskauer Wandlung in Nah-Ostfragen einen besonders akzentreichen und aktuellen Anstrich erhält.

#### Die Auflösung des Kominform

Wirkt die russische Mahnung an den arabischen Nationalismus, sich zu mässigen, beinahe sensationell, so trifft das für die gleichzeitig verkündete Auflösung der Kominform bestimmt nicht zu. Sie lag gewissermassen in der Luft, sie gehört zu der langen Reihe von Massnahmen der "Entstalinisierung". Die formellen Bindungen der kommunistischen Parteien an Moskau mögen fallen, die faktischen werden auch weiterhin bestehen bleiben. Sämtliche kommunistischen Parteien befolgen, wie in den guten alten Zeiten Stalins, das Moskauer Gebot, nun zu verdammen, was früher als unantastbar galt, die einen mit mehr, die anderen mit grösserem Eifer. Durch den Warschauer Pakt und durch die Ein- und Unterordnung der Wirtschaft der Satellitenstaaten in die gesamtwirtschaftliche Planung der Sowjetunion sind den nichtrussischen kommunistischen Parteien Fesseln auferlegt worden, deren sie sich nicht entledigen können. Diese Abhängigkeit ist sicherer fundiert als durch ein ohnehin im Schatzkasten lebendes Kominform-Büro, sie hat nur den Vorzug, nicht mehr die extremen und abstossenden Formen der stalinistischen Epoche aufzuweisen.

Mit der Auflösung der Kominform honorierte der Kreaml ein seinerzeit Tito gegebenes Versprechen. Insofern ist dies ein Erfolg der Jugoslawen, die in der Tätigkeit und Wühlarbeit der Kominform eine gegen sie gerichtete Bedrohung sahen. Damit bekommt die Entwicklung auf dem Balkan einen neuen Aspekt, wie er durch den Sturz Tschewenkoffs schon angedeutet ist.

\* \* \*

---

Verantwortlich: Peter Raunau